

Antrag L-1

Juso-Landesvorstand

Meckern reicht uns nicht! - Jugendwahlprogramm der Jusos Sachsen

- 1 Wir als Jusos Sachsen kämpfen bei der Landtagswahl am 1. September, aber auch schon weit davor und danach, für
2 ein gerechtes, nachhaltiges, offenes und junges Sachsen. Diese Auseinandersetzung führen wir aus grundlegender in-
3 haltlicher Überzeugung. Die sehr fassbare Gefahr eines weiteren Rutschs nach Rechts und einer konservativ-völkischen
4 Koalition bestärkt uns in unseren Auffassungen.
- 5 Ohne eine gestärkte SPD wird ein Wandel in vielen Themenbereichen nicht möglich sein. Dafür müssen wir natür-
6 lich mehr Menschen überzeugen, aber ohne einen Wandel bei der SPD selbst wird es auch nicht gehen. Der sozialde-
7 mokratische Teil der Staatsregierung und die Landtagsfraktion konnten in den vergangenen Jahren diverse spürbare
8 Erfolge verbuchen: So werden endlich wieder mehr Lehrer*innen ausgebildet und endlich gibt es wieder sozialen Woh-
9 nungsbau. Nicht verhehlen möchten wir allerdings auch große Enttäuschungen wie das autoritär geprägte Polizeige-
10 setz, das Scheitern eines neuen und progressiven Vergabegesetzes und die fehlende Wiederherstellung der verfassten
11 Studierendenschaft an den Hochschulen. Damit sich solche Fehler nicht wiederholen, braucht es zweierlei: mehr junge
12 und linke Menschen in den Parlamenten und ein anderes Verständnis vom Regieren. Eine sächsische CDU kann schon
13 aufgrund ihrer inhaltlichen Verortung niemals unsere Traumpartnerin sein. Die inhaltlichen Schnittmengen mit Linken
14 und Grünen sind deutlich größer und für uns Orientierung und Verpflichtung für eine rot-rot-grüne Mehrheit jenseits
15 der CDU im Freistaat zu kämpfen. Dafür werden sich die Jusos auch im Landtagswahlkampf weiterhin vehement ein-
16 setzen.
- 17 Eine grundlegende Entwicklung der Gesellschaft in Sachsen ist die wachsende Akzeptanz für rassistische sowie andere
18 menschenfeindliche Einstellungen. Früher unsagbare Dinge, sind sagbar geworden. Die gesellschaftliche Gegenwehr
19 gegen solche Geschehnisse nimmt hingegen nur langsam zu. Als Jusos haben wir Verständnis für viele Lebensgeschich-
20 ten und daraus entstandenen Frust. Wofür wir in keiner Situation Verständnis haben: Äußerungen, die andere Men-
21 schen pauschal abwerten, sie in ihrer Würde angreifen und zur zunehmenden Akzeptanz von Feindseligkeit beitragen.
- 22 Ein zweiter grundlegender Befund ist das Versagen des kapitalistischen Marktes im Freistaat. In ländlichen Räumen
23 hat sich der Staat zurückgezogen und das Spielfeld der Selbstregulierung des Marktes überlassen. Der freie Markt hat -
24 wenig überraschend - diese Rolle nicht übernommen und sich auf profitable Bereiche konzentriert. Doch auch im städ-
25 tischen Bereich zeigt sich, dass der Kapitalismus nicht die Lösung für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse
26 sein kann: Mieten steigen ins Unermessliche und der private Neubau stellt Angebote bereit, die sich nur sehr wenige
27 wirklich leisten können.
- 28 Wir als Jusos Sachsen stellen beiden Entwicklungen etwas entgegen: Zum einen ein klares **Staatsversprechen**. Der Frei-
29 staat hat den Anspruch, gesellschaftliche notwendige Angebote flächendeckend vor Ort anzubieten, auch wenn es
30 einer Marktlogik widersprechen mag. Zum anderen fordern wir eine **Offensive für Demokratie und Mitbestimmung**,
31 die Prozesse vor Ort anstößt und gesellschaftliche Grundwerte endlich wieder stärker in die Breite trägt. Diese beiden
32 Ziele finden sich in vielen unserer konkreten Forderungen wieder, für die wir bis zum 1. September streiten werden.
- 33 **Für ein gerechtes Sachsen** Sozialpolitik ist eine stetige staatliche Aufgabe die wirtschaftliche und soziale Situation der
34 Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Wir als Jusos sehen hier den Freistaat in zwei Rollen: Als Arbeitgeber*in ein
35 Vorbild für den kapitalistischen Markt zu sein und im Rahmen der landespolitischen Kompetenzen für sozialpolitisch
36 möglichst weitgehende Regelungen zu kämpfen, die den Marktmechanismen klare Grenzen aufzeigen. Wie weit Sach-
37 sen von diesem Anspruch noch entfernt ist, zeigen die in den letzten fünf Jahren in der Koalition mit der CDU geschei-
38 terten Vorhaben: Wir haben heute eben kein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen wirklich verdient oder ein Ver-
39 gabegesetz, was auf der Höhe der Zeit ist. Deshalb fordern wir:
- 40 • ein Vergabegesetz, das mindestens einen Landesmindestlohn von 12,00 € festlegt und sich weiterhin an Unter-
41 nehmenskriterien von vorhandener Tarifbindung, einem hohen Anteil an Festangestellten und der Ablehnung von
42 Leiharbeit sowie einer Übernahmegarantien für Azubis in allen beauftragten Unternehmen orientiert. Genauso
43 fordern wir die Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien und deren strikte Einhaltung.
 - 44 • eine verbindliche tarifliche Bezahlung, sofern eine Personalkostenförderung aus Landesmitteln z.B. im Sozialbe-
45 reich in Anspruch genommen wird.

- 46 • den Freistaat Sachsen auf seinen Beamt*innen zukünftig auf Wunsch auch den Arbeitgeber*innenanteil für die
 47 gesetzliche Krankenversicherung zu erstatten und damit die Absicherung der gesetzlichen Krankenversicherung
 48 attraktiver zu machen.
- 49 • die Abschaffung sachgrundloser Befristungen im öffentlichen Dienst des Freistaats und Schaffung modernere
 50 Arbeitsplätze, flexibler Arbeitszeiten und guter Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst des Freistaats, um
 51 Arbeitnehmer*innen attraktive Optionen zu bieten sowie die besondere Unterstützung von Angestellten im öf-
 52 fentlichen Dienst, die gesellschaftlich benachteiligten Gruppen angehören, um die sächsische Verwaltung zu ei-
 53 nem diversen Abbild der Gesellschaft zu entwickeln.
- 54 • den massiven Ausbau der mehrjährigen Förderung, um im sozialen Bereich zu einer deutlichen Steigerung der
 55 unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse zu kommen.
- 56 • ein modernes Gleichstellungsgesetz, dass den heutigen Herausforderungen gewachsen ist.
- 57 Sowohl die positiven Auswirkungen des Mindestlohns als auch die dauerhaft schlechte Tarifbindung in Sachsen zei-
 58 gen, dass die Niedriglohnpolitik der CDU der letzten Jahrzehnte bis heute Spuren hinterlassen hat. Die SPD als Part-
 59 nerin der Gewerkschaften ist in der Pflicht dem eine Politik entgegenzusetzen, die Rechte von Arbeitnehmer*innen in
 60 Sachsen schützt und nicht dem Markt dient. Der Freistaat Sachsen sollte daher alle Initiativen unterstützen, die auf
 61 Bundesebene zu einer stärkeren Besteuerung großer Einkommen, Vermögen und Erbschaften führen. Die Ballung von
 62 immer Geldmitteln in den Händen weniger können wir nicht akzeptieren. Echte Umverteilung ist überfällig! Wir Jusos
 63 fordern mit Blick auf Sachsen weiterhin:
- 64 • die massive personelle Aufstockung des Zolls, um in der Lage zu sein, Unternehmen regelmäßigen Prüfungen zu
 65 unterziehen und Verstöße gegen Rechte von Arbeitnehmer*innen zu ahnden.
- 66 • die gesetzliche Verankerung der Möglichkeit eines mindestens 8-tägigen Bildungsurlaubs im Landesrecht. Im
 67 Zuge dessen muss es für Träger*innen von Bildungsarbeit leichter sein, als Partner*innen anerkannt zu werden
 68 und bürokratische Hürden gehören konsequent abgebaut.
- 69 • aktive Maßnahmen zur Förderung der Arbeitnehmer*innenvertretungen und JAVs, wie z.B. die Einführung eines
 70 verpflichtenden Gewerkschaftstages an Berufsschulen, um den Organisationsgrad im Freistaat zu erhöhen.
- 71 • eine Offenlegungspflicht der Arbeitgeber*innen im Bezug auf ihre Mitgliedschaften in Arbeitgeber*innneverbän-
 72 den mit oder ohne tarifliche Bindung.
- 73 • die schnellstmögliche Gestaltung eines Branchentarifvertrags für den Pflegesektor gemeinsam mit den Arbeit-
 74 nehmer*innen und ihren Vertretungen, wenn nötig auch als allgemein gültig erklärter Landestarifvertrag, denn
 75 Pflege ist uns mehr Wert!
- 76 Wir Jusos vertreten die Interessen junger Menschen, die in Sachsen ihre Zukunft sehen wollen. Wir fordern darum:
- 77 • die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Ausbildung und Studium muss aktiv vom Staat befördert werden.
- 78 • die Gründung einer Landesgesellschaft für Digitalisierung: Wenn die Kommunen nicht in der Lage sind Breit-
 79 bandausbau zu betreiben, muss sie der Freistaat unterstützen. Digitale Infrastruktur ist heute Teil öffentlicher
 80 Daseinsvorsorge und Grundlage für die Ansiedlung von Unternehmen sowie Entwicklung des ländlichen Raums.
- 81 Das Recht auf **bezahlbaren Wohnraum** für alle ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört für uns zu den ele-
 82 mentarsten sozialen Ansprüchen, die eine Gesellschaft bereitstellen muss. Der Freistaat Sachsen trägt hier Verantwor-
 83 tung für seine Bürger*innen und ist in der Verpflichtung noch stärker in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
 84 einzusteigen. Auch in den wachsenden Großstädten muss für jede*n guter Wohnraum verfügbar sein - und zwar nicht
 85 nur in ausgewählten Quartieren, sondern in weiten Teilen der Stadt. Wir lehnen es ab, dass aus der Knappheit von
 86 Wohnraum Profit geschlagen wird und fordern deshalb:
- 87 • eine deutliche Aufstockung der Landesmittel für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dabei wollen wir
 88 den Fokus auf die Neuschaffung bzw. Ausweitung von Wohnraum in kommunaler Hand einsetzen. Von privaten
 89 Bauherrn errichtete und geförderte Wohnungen sollen zukünftig mindestens 25 statt 15 Jahre belegungs- und
 90 mietpreisgebunden sein. Bei der Vergabe von Landesfördermitteln wollen wir zukünftig die Mitbestimmung der
 91 Mieter*innen über sogenannte Mieter*innenbeiräte verpflichtend machen

- 92 • die gezielte Förderungen von genossenschaftlichen Wohnkonzepten
- 93 • die Gründung einer Landesbaugesellschaft, die gezielt Landesliegenschaften zur Schaffung von bezahlbarem
94 Wohnraum entwickelt und die Kommunen insbesondere in wachsenden urbane Räumen, aber auch in ganz Sach-
95 sen bei der Bereitstellung von Wohnraum unterstützt.
- 96 • die überfällige Einführung der Mietpreisbremse in Dresden und Leipzig sowie die Schaffung der landesrechtli-
97 chen Möglichkeiten zur Einführung eines Mietendeckels in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt
- 98 • die Einführung eines Zweckentfremdungsverbotes, um Wohnraum für seinen eigentlichen Zweck zu erhalten.
- 99 • ein Sonderprogramm studentisches Wohnen, mit dem die Studierendenwerke bei der Schaffung von zusätzli-
100 chen studentischen Wohnraum unterstützt werden. Ebenso wollen wir die Kommunen und Landkreise bei der
101 Schaffung von Azubi-Wohnheimen unterstützen.
- 102 **Für ein nachhaltiges Sachsen** Obwohl die verkehrs- und umweltpolitischen Vorzeichen klar sind, ist das Auto auch im
103 Jahr 2019 immernoch das meistgenutzte Verkehrsmittel in Sachsen. Vielerorts mangelt es an tatsächlich attraktiv nutz-
104 baren Alternativen, die Menschen dazu bewegen, vermehrt das Rad oder den ÖPNV zu nutzen. Dabei bietet Sachsen
105 mit einem einstmals dichten Schiennetz und der größten Bevölkerungsdichte der fünf ostdeutschen Flächenländer
106 gute Voraussetzungen für eine andere Organisation der **Mobilität**. Eine Verkehrswende ist für uns aber nicht nur eine
107 umweltpolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit, um wirklich allen Menschen bezahlbar
108 Mobilität zu gewährleisten. Die Bereitstellung dieser Angebote ist dabei klare Aufgabe des Freistaats, der hier seine
109 Verantwortung annehmen muss. Die gerechte Versorgung aller Bürger*innen muss das eindeutige Ziel sein, nicht das
110 Messen an wirtschaftlichen Kriterien. Das bedeutet für uns:
- 111 • Wir wollen ein echtes Bildungsticket für Schüler*innen, Auszubildende und junge Menschen in Freiwilligendien-
112 sten, das landesweit einheitlich zu einem günstigen Preis vertrieben wird und tatsächlich auch im kompletten
113 sächsischen ÖPNV gültig ist
- 114 • Wir wollen das Chaos der Zweckverbände überwinden und einen landesweit durchgängigen Tarif im kompletten
115 Nahverkehr schaffen. Daher soll zumindest der Schienenverkehr und überregional bedeutsame Buslinien durch
116 eine neu zu gründende Landesnahverkehrsgesellschaft organisiert werden. Diese Gesellschaft sollte mit der Koor-
117 dination eine Sachsentaktes beauftragt werden, der tatsächlich kurze Umsteigezeiten und gute Verknüpfungen
118 zwischen Bus und Bahn bietet. Insbesondere beim Weg in die großen Oberzentren Sachsens gibt es hier noch
119 einige Verbesserungsmöglichkeiten. Dadurch können ländliche Räume an die S-Bahn-Systeme angebunden und
120 wieder wieder attraktiver werden.
- 121 • Der Freistaat Sachsen muss dem Vorbild anderer Bundesländer folgen und in erheblichen Maße eigene Landes-
122 mittel für die Bestellung von Nahverkehr bereitstellen. Eine Verdopplung der ÖPNV-Nutzung kann nur mit einem
123 erheblichen Angebotsausbau gelingen. Dazu braucht es dichtere Takte auf den Hauptachsen und die Reaktivie-
124 rung einst stillgelegter Bahnstrecken. Aber auch der Komfort ist entscheidend: Barrierefreiheit, gut ausgestattete
125 Haltestellen und WLAN sind für uns kein Luxus, sondern unverzichtbarer Teil eines Nahverkehrs, der tatsächlich
126 eine Alternative zum Auto ist.
- 127 • Flexible Bedienformen oder Bürgerbuskonzepte können für manche insbesondere ländliche Bereiche eine gute
128 Ergänzung sein, allerdings sehen wir darin keinen Ersatz für einen ordentlichen und vertaktenen ÖPNV, der or-
129 dentlich entlohnt wird.
- 130 • Anstelle weiterer Autobahnausbauten wollen wir einen Fokus auf die Verlagerung des Güterverkehrs auf die
131 Schiene legen. Bedingung dafür, aber auch bessere Nahverkehrs- und Fernverkehrsverbindungen, ist u.a. auch
132 die Elektrifizierung von Bahnstrecken z.B. nach Görlitz.
- 133 • Wir wollen Anreize setzen, damit Kommunen Straßen und Parkplätze für andere Verkehrsträger oder verkehrs-
134 fremde Nutzungen zurückbauen.
- 135 • Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, um so eine selbst bestimmte nachhaltige Mobilitätswen-
136 de in den sächsischen Kommunen zu ermöglichen. Die kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen sollen mehr
137 Freiheiten in der konkreten Ausgestaltung der Kommunalen Abgaben ermöglicht werden, um die Lenkungswir-
138 kung kommunaler Abgaben für die Transformation der Mobilität zu nutzen. Ziel ist es auf Landesebene die recht-
139 lichen Voraussetzungen zu schaffen, damit indirekte Nutznießer*innen wie Immobilieneigentümer*innen und
140 Arbeitgeber*innen an der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs beteiligt werden können.

141 • Unser Ziel eine soziale Durchmischung der Stadtteile sicherzustellen wird sich langfristig jedoch nicht allein mit
 142 Förderung von Neubau und Preisbindung nicht erreichen. Schon jetzt ist in den Zentren Bauland knapp und wir
 143 wollen auch das verbliebene Grün in der Stadt erhalten so das Neubau an Grenzen stoßen wird. Preisbindung ist
 144 stets auch nur eine Lösung auf Zeit. Deshalb müssen wir einen marktrelevanten Teil des Wohnungsmarkts dem
 145 Spiel der Märkte entziehen. Wo noch bebaubare Grundstücke in öffentlicher Hand sind, soll daher grundsätz-
 146 lich durch die öffentliche Hand selbst oder durch gemeinwohlorientierte Träger gebaut werden. Soweit andere
 147 Maßnahmen nicht greifen und die Vergesellschaftung von Großvermieter*innen unterhalb des Verkehrswertes
 148 rechtlich möglich ist sehen wir darin ein probates Mittel, um die Preisspielere zu stoppen und eine langfristig
 149 gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Mietmarktes sicherzustellen.

150 Der Klimawandel gehört zudrängendsten Probleme unserer Zeit. Uns ist klar, dass wir die **Gesundheit unseres Pla-**
 151 **neten und unserer Umwel** taktiv schützen müssen. Deshalb betrachten wir Klimaschutz und Umweltschutz als Quer-
 152 schnittsthemen und bekennen uns klar zu den Klimazielen von Paris. Der Erhalt von Arbeitsplätzen kann niemals Be-
 153 gründung dafür sein die Energiewende zu verschleppen! Wir fordern einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle-
 154 wirtschaft in Sachsen bis spätestens und darüber hinaus einen genauen Plan für den Strukturwandel in den Abbau-
 155 gebieten! Wir lassen die Angestellten in den Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlerevieren nicht allein. Zum kon-
 156 sequenten Ausbau erneuerbarer Energie, um zum Erreichen des Pariser Klimaziels beizutragen, müssen der Landes-
 157 entwicklungsplan und die Regionalpläne angepasst werden. In allen vier Planungsregionen sollten die Vorrang- und
 158 Eignungsflächen erhöht werden. Hierbei dürfen geltende raumrelevante Kriterien (flächensparend, effizient und um-
 159 weltverträglich) nicht durchbrochen werden, dennoch ist ein gezielter Ausbau nur möglich, wenn der Flächenanteil
 160 erhöht wird. Weiterhin fordern wir ein durchdachtes und ausgewogenes Konzept der Technologieförderung neuer En-
 161 ergiekonzepte. Der UN-Bericht zum Artensterben 2019 hat weltweit für Entsetzen gesorgt. Auch in Sachsen müssen ak-
 162 tiv Maßnahmen zum **Schutz von Tier- und Pflanzenarten** ergriffen werden, besonders zum Schutz ihrer Lebensräume.
 163 Etwa durch vermehrte politische Unterstützung von Streuobstwiesen, der Renaturierung von Mooren, selbstverständli-
 164 cher Heckenbau zwischen Feldern und der Förderung von Mischwäldern statt Fichtenmonoforsten. Die Landwirtschaft in
 165 Sachsen muss stärker auf ökologischen Landbau und weniger auf Monokulturen setzen. Nur so sind lebendige Felder
 166 möglich, denn wir verstehen Felder als Lebensräume von unterschiedlichsten Tier- und Pflanzenarten. Den Einsatz von
 167 genetisch verändertem Saatgut und umstrittenen Unkrautvernichtern wie Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat leh-
 168 nen wir grundsätzlich ab. Als Juso Sachsen setzen wir uns dafür ein:

- 169 • jede Flächenversiegelung, etwa durch neue Ortsumgehungsstraßen oder ausufernde Gewerbegebiete, umfas-
 170 send und unter ökologischen Aspekten zu durchdenken. Sachsen hat überdurchschnittlich fruchtbare und so wert-
 171 volle Böden. Wir brauchen auch verstärkte Initiativen zur Entsiegelung von Brachflächen.
- 172 • die Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu ökologischeren, umweltschonenderen
 173 Alternativen.
- 174 • Gemeinschaftsgärten, Landwirtschaft nach dem Solidaritätsprinzip, Schrebergärten usw. zu unterstützen und zu-
 175 verbreiten.
- 176 • gegen die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 i. V. mit § 44) in Bezug auf den Wolf
 177 und für die Streichung des Wolfes aus dem sächsischen Jagdgesetz. Der Wolf gehört für uns zur sächsischen Natur
 178 dazu und wir freuen uns, dass er nach so langer Zeit wieder bei uns heimisch geworden ist.
- 179 • für die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere Regulierung und
 180 Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern auch die Überwachung der Gesundheit von
 181 Bienen und anderen Bestäubern erleichtern. Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume
 182 innerhalb und in der Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen zu
 183 erhöhen.
- 184 • eine Initiativen für ein Bewusstsein um unsere Nahrungsmittel zu unterstützen und schulische und außerschuli-
 185 sche Bildungsangebote auszubauen und so eine Änderung für mehr Qualität statt Quantität in der Gesellschaft
 186 zu befördern.
- 187 • für ein Verbot der Vergabe von Reserveantibiotikum an landwirtschaftlich gehaltene Nutztiere im Freistaat Sach-
 188 sen.
- 189 • die Entwicklung einer Strategie zur Errichtung einer echten Kreislaufwirtschaft bis 2050. Das Ziel ist die Sicher-
 190 stellung der vollständigen Wiederverwertbarkeit aller Produkte nach Ablauf ihrer Nutzungsdauer.

- 191 • die Kommunen anzuregen, Zirkussen mit Wildtieren keine kommunalen Standflächen zur Verfügung zu stellen.
 192 Wir sind überzeugt, dass eine art- und tierschutzgerechte Haltung von Wildtieren aller Art durch Zirkusse nicht
 193 möglich ist und die Nutzung dieser für Darbietungen des Bühnenprogramms generell abzulehnen ist.
- 194 **Für ein junges Sachsen** Der bildungspolitische Bereich war eine der zentralen Baustellen in der Arbeit der schwarz-roten
 195 Koalition. Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat insbesondere im Bereich **Bildung** hart gekämpft und einiges
 196 erreicht. Das Stoppen der Kürzungspolitik von CDU und FDP war der erste notwendige und wichtige Schritt, besonders
 197 für die Bildungspolitik. Das Schaffen von 5.000 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, sowie die gleiche Lohnein-
 198 gruppierung für alle, egal an welcher Schulart eingesetzt, waren extrem wichtige Maßnahmen und auch Positionen
 199 der Jusos Sachsen, die somit umgesetzt wurden. Auch der Einsatz für das Landesprogramm Schulsozialarbeit und die
 200 Verdoppelung der Mittel für Ganztagsangebote sind absolut in unserem Sinne gewesen. Sich in den kommenden fünf
 201 Jahren auf dem Erreichten auszuruhen, wäre mit Blick auf die anstehenden Aufgaben im Bildungsbereich fatal. Die
 202 Bildungspolitik in Sachsen ist noch weit davon entfernt wirklich gerecht zu sein und allen Kindern und Jugendlichen
 203 gleiche Chancen und Möglichkeiten zu bieten. Wir fordern deshalb:
- 204 • Bildung muss kostenlos sein! Wir Jusos fordern die absolute Kostenfreiheit, von der Krippe bis zum Meister- oder
 205 Masterabschluss! Ein erster wichtiger Schritt wird sein, die Hortgebühren abzuschaffen. Auch bei der freien Be-
 206 reitstellung von Lehrmitteln sehen wir nach wie vor Nachholbedarf.
 - 207 • das Bildungsministerium gehört in sozialdemokratische Hände! Fast 30 Jahre CDU-Herrschaft in diesem Bereich
 208 haben unübersehbare Spuren hinterlassen. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, braucht es nicht nur Koalitions-
 209 verträge und Vereinbarungen, sondern auch konkrete Mittel, um Inhalte auch umzusetzen.
 - 210 • eine generelle Überarbeitung der Lehrpläne aller Schulformen! Wir müssen dafür sorgen, dass Vertreter*innen
 211 aus Praxis, Wissenschaft und Verwaltung gemeinsam über die Bildungsziele und Schwerpunkte neu beraten. Ins-
 212 besondere die politische Bildung muss an sächsischen Schulen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Nur so
 213 wirken wir Demokratieverdrossenheit und rechtem Gedankengut früh und effektiv entgegen.
 - 214 • neben einer Erneuerung der Lerninhalte brauchen wir eine Revolution der Lernkultur! Binnendifferenzierter Un-
 215 terricht, individuelle Rückmeldungen statt oder notfalls ergänzend zu Schulnoten, Methodenvielfalt und Bewe-
 216 gungsförderung lauten unter anderem die Stichworte hierfür.
 - 217 • langfristig ein Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule als einziges Schulmodell! Das gegliederte Schulsystem ist
 218 unsolidarisch und entspricht nicht unserer Vorstellung einer generell klassenlosen Gesellschaft. Die Einführung
 219 der Gemeinschaftsschule als zusätzliche Schulform wäre ein wichtiges und überfälliges Signal, allerdings ist es
 220 für uns nur ein Zwischenschritt.
 - 221 • die Etablierung eines Bewerber*innen-orientierten Einstellungsverfahrens für Lehrkräfte mit schulscharfen Aus-
 222 schreibungen.
 - 223 • das Festhalten am Ziel der Lehrbedarfsplanung die Pflichtstundenzeit für Lehrkräfte auf 23 Stunden zu verrin-
 224 gern. Damit entlasten wir nicht nur die Lehrer*innen sondern machen den Beruf auch gleichzeitig attraktiver und
 225 heben die Chance in Zukunft den Lehrer*innen Mangel künftig ganz zu unterbinden.
 - 226 • Der Ganztagsanspruch im Grundschulalter soll zeitnah realisiert werden! Gleichzeitig muss sich die künftige SPD-
 227 Fraktion im Sächsischen Landtag für weitere finanzielle Unterstützung der Schulträger einsetzen um ausreichen-
 228 de und abwechslungsreiche Ganztagsangebote auch realisieren zu können. Bildung und Entwicklung finden nicht
 229 nur im Unterricht statt und Schulen sind keine bloßen Bildungseinrichtungen.
 - 230 • Der Besuch in einer Holocaustgedenkstätte soll endlich Pflicht werden und fest in den Lehrplänen verankert wer-
 231 den! Neben politischer Bildung ist die direkte Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Ge-
 232 schichte eine notwendige Maßnahme gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
 - 233 • Die Schulabbrecherquote muss reduziert werden! Wir fordern daher einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit
 234 unter der Einbeziehung der Jugendhilfe!
 - 235 • die Aufstellung eines Schulnetzes für die berufliche Bildung.
 - 236 • die Fortschreibung der „Weiterbildungsstrategie Sachsen“ sowie die Novelle des Weiterbildungsgesetzes und die
 237 Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes.

- 238 • ein echtes Konzept für die Digitalisierung an sächsischen Schulen, das über die Versorgung mit Glasfaser bis 2021
239 hinaus geht. Es gibt immer noch Schulen in Sachsen, denen einfachste technische Geräte fehlen. Die Schulträger
240 müssen weiter dabei unterstützt werden die Schulen ausreichend auszustatten. Zentral ist für uns aber nicht nur
241 die Anschaffung neuer Technik, sondern auch die sinnvolle Berücksichtigung digitaler Lehrmethoden in die schon
242 beschriebene Überarbeitung der Lehrpläne.
- 243 • Das Herabsetzen des Betreuungsschlüssels muss weitergehen. Die bisherigen Änderungen waren ein wichtiger
244 Schritt, bringen aber noch keine spürbare Verbesserung. Wir fordern die Herabsetzung des Betreuungsschlüssels
245 mindestens auf 1:4 (Krippe), 1: 10 (KiTa) und 1:18 (Hort)!
- 246 • Eine echte Reform des Erzieher*in-Berufes zum Beispiel dahingehend, dass eine Ausbildung auch direkt ab Schul-
247 abschluss möglich ist sowie die Absicherung der erforderlichen Kapazitäten in der beruflichen und akademischen
248 Ausbildung.
- 249 • Kostenfreiheit in der Bildung heißt auch keine KiTa-Gebühren. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen nicht nur
250 qualitativ gute Kindertagesstätten hat, sondern diese auch kostenfrei sind. Andere Bundesländer gehen bereits
251 mit gutem Vorbild voran, Sachsen muss nachziehen! Selbstverständlich muss auch die Ganztagsbetreuung im
252 Grundschulbereich - heute zumeist im Hort realisiert - gebührenfrei werden.
- 253 Wir Jusos begrüßen ausdrücklich den Richtungswechsel, der in den vergangenen 5 Jahren in der **Hochschulpolitik** statt-
254 gefunden hat. Es ist sehr wichtig, dass der Personalabbau an sächsischen Hochschulen gestoppt wurde und es mit der
255 Hochschulentwicklungsplanung nun eine gute Grundlage gibt, auf der aufgebaut und geplant werden kann. Auch für
256 Studierende gilt: Gleiche Chancen und Möglichkeiten für Alle! Ob, wie lange und was man studiert, darf nicht vom
257 Einkommen der Eltern abhängig sein. Für die kommenden Jahre fordern wir Jusos:
- 258 • die sächsischen Hochschulen und ihre Studiengänge müssen erhalten werden und darüber hinaus neue Stu-
259 dienplätze geschaffen werden! Insbesondere der künstlich geschaffene Deckel von 95.000 Studierenden in der
260 Hochschulentwicklungsplanung muss aufgehoben werden.
- 261 • die Hebung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter Einbezug der neuen Bund-Länder-Pakte im Wissen-
262 schaftsbereich!
- 263 • Das Recht auf ergänzend gebührenfreies Studium muss gesetzlich festgeschrieben werden. Langzeitgebühren
264 lehnen wir ab.
- 265 • Eine Neuordnung des Zulassungsverfahrens über die Initiative zu einem neuen Bundes-
266 Hochschulzulassungsgesetz und wenigstens einem novellierten Staatsvertrag zur Hochschulzulassung.
- 267 • die Zulassung für Menschen mit Beeinträchtigung, ausländischen Studierenden und Staatenlosen muss über
268 Vorab-Quoten möglich gemacht werden.
- 269 • die Umsetzung des Masterplans „Medizin 2020“ unter Berücksichtigung der kritischen Beleuchtung des BMVD so-
270 wie eine Aktualisierung der Gesetze für die Hochschulmedizin!
- 271 • die Wiederherstellung der automatischen Mitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft. Nur wenn alle
272 Studierenden ihren solidarischen Beitrag leisten, kann die studentische Selbstverwaltung ihre Aufgaben effektiv
273 und im Sinne der Studierenden erfüllen.
- 274 • Ziel der nächsten Legislaturperiode ist die umfassende Reform des Hochschulfreiheitsgesetzes mit der Zielset-
275 zung restriktive Maßnahmen weitestgehend zurückzubauen.
- 276 • Zur Umsetzung der zuvor genannten Ziele muss die studentische Rolle in den Hochschulgremien gestärkt werden.
277 In Berücksichtigung der Größe der Statusgruppe der Studierenden erscheint eine paritätische Zusammensetzung
278 nach Vorbild des Verwaltungsrats des Studierendenwerks in allen Gremien der Hochschule als sinnvoll.
- 279 Auch im Bereich der **Kinder- und Jugendpolitik** haben wir in Sachsen noch sehr viel Arbeit vor uns. Besonders in diesem
280 Bereich ist es wichtig Wert auf Gerechtigkeit und Solidarität zu legen. Wir Jusos kämpfen für Chancengleichheit, für die
281 Beseitigung sozialer Schranken und dafür kein Kind zurück zu lassen. Ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung
282 war u.a. die Anhebung der Jugendpauschale und die Verdoppelung der Förderung für Jugendverbandsarbeit. Für uns
283 steht jedoch fest, dass es nicht ausreicht Kinder und Jugendliche nur zu unterstützen. Wir wollen, dass sie aktiv beteiligt

284 werden und über politische Entscheidungen nicht nur mitreden können sondern auch, dass sie gehört werden und mit
285 entscheiden dürfen. Wir fordern deshalb:

286 • Eine Herabsetzung des aktiven Wahlrechts für Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen auf das Mindestal-
287 ter von 14 Jahren. Außerdem sollen Strukturen erarbeitet werden, inwiefern eine barrierefreie Einschreibung ins
288 Wähler*innenverzeichnis vor dem vollendeten 14. Lebensjahr erarbeitet werden kann. Ebenso soll sich Sachsen im
289 Bundesrat und die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen im Bundestag, für eine Initiative zum Herabsetzen
290 des Wahlalters auf Bundesebene stark machen.

291 • Die Arbeitsbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen dringend verbessert werden. So unterstützen wir
292 u.a. das Vorhaben der SPD Sachsen die mehrjährigen Finanzierungen für die Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich
293 möglich zu machen und damit für mehr Planungssicherheit zu sorgen.

294 • Die 2010 unter Schwarz-Gelb massiv gekürzte Jugendpauschale muss endlich auf ein angemessenes Niveau von
295 mindestens 15 Euro erhöht werden.

296 • Die Erreichten finanziellen Mittel u.a. für die Schulsozialarbeit sind ein wichtiger Schritt, sie dürfen uns aber nicht
297 zufrieden stellen. Die SPD muss weiter dafür sorgen, dass bei den Belangen von Kindern und Jugendlichen nicht
298 gespart wird.

299 • Auch über die Senkung des Wahlalters hinaus müssen Jugendliche mehr beteiligt werden. Die SPD muss sich da-
300 für einsetzen, dass schon in den Kommunen, z.B. über Jugendparlament oder Jugendbeiräte, sich junge Menschen
301 aktiv in die politischen Diskussionen und Entscheidungen einbringen können.

302 **Für ein offenes Sachsen** Nicht erst seit den Ausschreitungen in Chemnitz im vergangenen Jahr steht Sachsen in Deutsch-
303 land symbolisch für rechte Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung. Die Bekämpfung von rechten Strukturen sollte daher
304 unsere oberste Priorität sein. Die letzten vier Jahre haben gezeigt: mit der CDU Sachsen ist das nicht zu machen. Dies
305 hat sich nicht zuletzt durch die fehlende Stellungnahme von MP Kretschmer zu dem Aufmarsch mehrerer hundert Neo-
306 nazis am 1. Mai in Plauen gezeigt. Das gemeinsame Behindern der Aufmärsche von rechten, rassistischen und nationa-
307 listischen Gruppierungen ist eine Form politischer Partizipation. Der ständige Kriminalisierungsversuch von friedlichen
308 Protesten durch Ordnungsbehörde, Polizei und Verfassungsschutz ist für uns nicht tragbar. Wir wenden uns konsequent
309 gegen jede Form der Diskriminierung sowie Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Sexismus und Chauvinismus, egal
310 von wem sie ausgeht. Wir fordern stattdessen:

311 • die strukturelle Stärkung und finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen mit ihren zahlreichen, diversen
312 Projekten in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung, Ausstiegshilfen, Beratung, in der Netzwerk- und
313 Infrastrukturentwicklung und in der Opferhilfe.

314 • mehr Programme der schulischen und freien Bildungsarbeit gegen Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus,
315 Sexismus und andere nazistische Einstellungsmuster, auch durch Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiati-
316 ven, gegen Rechtsradikalismus.

317 • Politische Bildungsarbeit darf nicht von den ordnungspolitischen Vorstellungen des Verfassungsschutzes beein-
318 flusst werden, sondern muss von der Zivilgesellschaft selbst getragen werden!

319 • den Einsatz für die Etablierung einer Bundesstiftung zur Demokratieförderung.

320 • die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten zu stärken und für bessere Bedingungen in den Unterkünf-
321 ten zu sorgen. Wir stehen zu unserer Ablehnung von Ankerzentren und Konzepten gleicher Intention. Sachsen soll
322 auch weiterhin Geflüchtete aufnehmen und dezentral unterbringen.

323 • die Abschaffung des Sächsischen Verfassungsschutzes in seiner bisherigen Form. Nicht erst mit dem Auffliegen
324 des NSU-Skandals hat der Sächsische VS seine Unfähigkeit bewiesen, die in Sachsen durch Rechte Strukturen
325 herrschende Bedrohungslage korrekt einzuschätzen. Durch den neuesten Verfassungsschutzbericht, in dem ein
326 Demokratiekonzert in Chemnitz mit zehntausenden Besucher*innen im Bereich Linksextremismus erwähnt wird,
327 wichtige Akteur*innen des Rechtsextremismus aber komplett fehlen, hat der Sächsische Verfassungsschutz er-
328 neut bewiesen, dass bei ihm nach der Devise "rechts wegschauen, links draufhauen" agiert wird. Wir fordern
329 stattdessen die Etablierung eines Instituts, an dem nach wissenschaftlichen Methoden "Früherkennung" von Be-
330 drohungen der Demokratie geleistet wird. An diesem Institut sollen auch zivilgesellschaftliche Initiative beteiligt
331 werden.

332 • Sächsische Kommunen zu Sicheren Häfen zu machen zum Beispiel durch die Aufnahme von zusätzlichen aus
333 Seenot geretteten Menschen und durch Solidarisierung mit Seenotrettung.

334 Wie offen und partizipativ ein Bundesland ist, entscheidet sich aber nur nicht beim Umgang z.B. mit Demonstrationen,
335 sondern auch beim staatlichen Handeln in anderen Bereichen. Wir als Jusos Sachsen wollen Demokratie und Mitbestim-
336 mung fassbar machen und gesellschaftliche Grundwerte wieder stärker in die Breite tragen. Ein Staat sollte nicht nur
337 einfach Angebote bereitstellen, sondern den Menschen vor Ort Partizipation bei der konkreten Aufgestaltung anbieten
338 und dies sogar einfordern. Wenn es beispielsweise im Dorf an einer Einkaufsgelegenheit fehlt, könnte der Freistaat die
339 Gründung entsprechender Genossenschaften gezielt fördern und dadurch zu einem partizipativeren Gemeinwesen
340 beitragen. Wir fordern weiterhin:

341 • den unverzüglichen Beschluss eines sächsischen Informationsfreiheitsgesetzes. Bürger*innen müssen endlich
342 auch im Freistaat einen grundsätzlichen Rechtsanspruch darauf haben, in erweiterter Maße Informationen über
343 die Arbeit der Verwaltung zu erhalten. Dieses Informationsfreiheitsgesetz muss anschließend fortdauernd eva-
344 luiert und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen Schritt für Schritt zu einem Transparenzgesetz fortent-
345 wickelt werden.

346 • Gemeinderäte und Stadträte zu verpflichten, Beschlussvorlagen, die in öffentlicher Sitzung behandelt werden
347 vorab an geeigneter Stelle zu veröffentlichen, um eine breite Diskussion öffentlichkeitswirksamer Themen zu
348 ermöglichen.

349 • den schnellen Ausbau von E-Government-Angeboten in den sächsischen Verwaltungen aller Ebenen.

350 • mehr Geld für Gerichte und Staatsanwaltschaften, denn Verfahren nehmen immernoch zu viel Zeit in Anspruch.
351 Dafür müssen genauso die Behörden modernisiert und digitalisiert werden sowie massiv Richter*innen, Staats-
352 anwält*innen und weiteres Personal eingestellt werden. Um die Attraktivität des Richter*innenamtes und der
353 Staatsanwaltschaft zu erhöhen, sollen Richter*innen auf Probe nicht mehr unentwegt versetzt werden.

354 Auch durch das sächsische Polizeigesetz und die damit verbundene Unterstützung der christdemokratischen Law &
355 Order-Politik hat sich die sächsische SPD in den vergangenen Jahren an massiven Eingriffen in die Grund- und Frei-
356 heitsrechte beteiligt. Wir wollen eine Polizei als Freundin und Helferin. Wir wünschen uns eine integrative Polizeiarbeit
357 und Polizist*innen, welche nicht von Überstunden und einem massiven Mangel an Kolleg*innen geplagt sind. Wir wol-
358 len aufgeklärte, entspannte und vertrauensvolle Polizist*innen. Als Jusos Sachsen fordern wir deshalb weiterhin:

359 • keine Ausweitung der Überwachungs- und Eingriffskompetenzen, bei realen oder konstruierten Gefahrenlagen.
360 Sicherheit darf nicht gegen die Freiheit ausgespielt werden.

361 • die Verhinderung der Aufrüstung der Polizei mit militärischen Geräten, wie z.B. Maschinengewehren oder Hand-
362 granaten. Auch Bodycams sollen nicht zur Ausrüstung der sächsischen Polizei gehören.

363 • Abbau der Videoüberwachung und Gesichtserkennung.

364 • eine verpflichtende alphanumerische Kennzeichnungspflicht für alle Polizist*innen in Sachsen. Dazu zählen für
365 uns auch Beamt*innen, die bei Großsätzen aus anderen Bundesländern hinzugezogen werden.

366 • Die integrative Polizeiarbeit soll und muss in den Fokus gerückt werden.

367 • Es braucht eine unabhängige Beschwerdestelle mit eigenen Ermittlungskompetenzen.

368 • das feste Eingliedern von politischer, demokratischer und antidiskriminierender Bildung in die Ausbildung und
369 den Dienst bei der Polizei. Die Polizist*innen müssen weiterhin regelmäßig zu jeglichen Formen von rechtsra-
370 dikalen Gedankengut und Gewaltformen geschult werden. Damit verbunden ist ein konsequentes Durchgreifen
371 gegen antidemokratische, rassistische und sonstige rechte Einstellungen bei der Polizei und in anderen Behörden.

372 • die vorgesehene Abschaffung der Wachpolizei, wie im 'Sächsischen Wachpolizeidienstgesetz' in §12 zum 31. De-
373 zember 2020 beschrieben.

374 Eine **moderne Drogenpolitik** erkennt die komplexe Lebenssituation von abhängigen Konsument*innen an. Sie bietet ein-
375 ne verzahnte Sozial-, Gesundheits- und Ordnungspolitik als Lösungen eines gesellschaftlichen Problems. Die sächsische
376 Drogenpolitik setzt auf drei Säulen: Prävention durch Information, Beratung und Behandlung sowie Repression. Dabei
377 wird der zukünftige Handlungsdruck auf kommunaler Ebene verkannt. Während landesweit gegen die illegale Einfuhr
378 und Schmuggel von Drogen vorgegangen wird, stehen besonders die Ballungszentren in Sachsen vor einer weiteren
379 ordnungspolitischen Trendwende. Kommunen sollten deshalb motiviert werden die akzeptierende Drogenarbeit als
380 bereits anerkannten Bestandteil der öffentlichen Drogenhilfe auszubauen und somit das bisherige Drogenhilfesystem
381 sinnvoll ergänzen. Daher fordern wir:

- 382 • eine Rechtsverordnung nach § 10a des Betäubungsmittelgesetzes zu erlassen, in der Drogenkonsumräume inklusi-
383 ve Drug-Checking erlaubt und eingeführt werden dürfen um somit die Überlebens- und Ausstiegshilfen für die
384 Klient*innen zu erweitern, indem gesundheitliche Risiken überwacht sowie konsumbezogene Verhaltensweisen
385 in der Öffentlichkeit zu minimieren. Dazu gehört auch das Festhalten von Maßstäbe zur Ausstattung, Qualität
386 und Umfang des Angebots auf Grund neuester Erkenntnisse zu treffen und sich konzeptionell an Bundesländern
387 zu orientieren, die schon mehrjährige Erfahrung gemacht haben sowie die Schaffung von Finanzierungsmöglich-
388 keiten zum Betrieb der Drogenkonsumräume nach der Richtlinie Psychiatrie und Suchthilfe.
- 389 • in Sachsen die Definition des “Eigenverbrauch in geringer Menge” beim Konsum von (noch) illegalen Drogen
390 anzupassen und die Freimenge z.B. bei Cannabis nach dem Vorbild von Berlin auf 15 Gramm anzubeben.
- 391 • Öffentliche Institutionen und Gremien dazu auf die Förderung, Finanzierung sowie Kostenerstattung von Medi-
392 kamenten an deren wissenschaftlich nachweisbare Wirksamkeit zu knüpfen. Eine Ausnahme für homöopathi-
393 sche Produkte soll nicht ermöglicht werden.

394 Wir sprechen uns für eine konsequentere Umsetzung des 10-Punkte-Plans zur „Prävention und Bekämpfung des Crys-
395 tal Meth-Konsums“ der Landesregierung Sachsen aus. Hilfesuchenden Menschen muss adäquat und schnell geholfen
396 werden. Im Einzelnen fordern die Jusos Sachsen:

- 397 • die Erhöhung der Ausgaben für Straßensozialarbeit und mobile Jugendarbeit.
- 398 • die Schaffung geeigneter Therapieplätze für Eltern mit Kindern.
- 399 • die Erhöhung der Therapieplätze in Justizvollzugsanstalten, auch im Bereich des Frauenvollzugs.

400 Sachsen lebt von seiner aktiven Vereinskultur, viele sind hier ehrenamtlich aktiv und gestalten so unser Zusammen-
401 leben. Durch die Regierungsbeteiligung der SPD konnte hier eingeresert werden und chronischer Sparpolitik ein Ende
402 bereitet. Insbesondere der ländliche Raum muss jedoch noch stärker gefördert werden, in urbanen Umgebungen dürfen
403 wir nicht zulassen, dass Kulturangebote durch Gentrifizierung bedroht werden. Es lohnt sich in **Kunst und Kultur** sowie
404 unser Ehrenamt zu investieren! Wir setzen uns dafür ein:

- 405 • eine Sozialraumförderung analog der Kulturraumförderung zu schaffen
- 406 • die finanzielle und strukturelle Unterstützung für den Sport beizubehalten und perspektivisch auszubauen. Dazu
407 gehört für uns auch der Bau von Radwegen und Kinderspielplätzen zur Sportförderung!
- 408 • die Bereitstellung von mehr Mitteln im Haushalt für die Förderung alternativer, interkultureller und feministi-
409 scher Kultur- und Jugendangebote, besonders in den ländlichen Räumen.
- 410 • die Institution Ehrenamt zu stärken und den Ehrenamtspass entsprechend anzupassen und auszubauen.
- 411 • Lohngerechtigkeit auch im Kulturbetrieb zu sichern genauso wie prekäre und befristete Beschäftigung durch den
412 Ausbau langfristiger Förderungen zu bekämpfen.
- 413 • geschlechtliche Parität in allen Rundfunkgremien zu erreichen.
- 414 • alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte obligatorisch mit einer maschinen-
415 lesbaren Untertitelspur zu versehen und alle direkt von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern produzierten oder
416 in Auftrag gegebenen Inhalte mit Gebärdensprache und Audiodeskription auszustatten. Außerdem sollen Web-
417 Inhalte barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört die Anpassung aller Webseiten an Braille-Ausgabegeräten.

- 418
- 419
- 420
- 421
- im Rahmen der Förderung von Vereinen und Initiativen nach dem Motto “Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser” zu verfahren. Die nicht projektbezogene Finanzierung sollte ausgebaut werden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sollte es durch weniger Misstrauen möglich sein, die Förderung leichter und schneller bewilligt zu bekommen.